

## **SKA 22/10092, Dezember 2022**

### **„Weiterhin Notstand im Kinder- und Jugendnotdienst?“ Auswertung (Stand 19.12.2022)**

#### **Überbelegung**

KJND nach wie vor überfüllt und Kapazitäten absolut erschöpft, Lage trotz verschiedener Maßnahmen, wie der Eröffnung neuer Erstversorgungseinrichtungen, nicht entspannt, im Gegenteil: Die Lage hat sich innerhalb weniger Wochen noch weiter verschärft (vgl. hierzu Drs. 22/9063, Antwort am 23. August) Die Zahlen verdeutlichen zudem, dass nach wie vor die bereits in einer vorhergehenden SKA benannten Gründe virulent sind:

1. Mehr Inobhutnahmen (§ 42 SGB VIII) von „hier aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen“ (S. 3), Bedarf an „kurzfristigen Schutzmaßnahmen steigt“, eine Ursache hierfür: „die Belastungen von Familien durch die Corona-Pandemie“ (Drs. 22/9063, S. 2)
2. Sogenannte unbegleitete minderjährige Ausländer:innen („UMA“): „Aufgrund des anhalten Zustroms von Schutzsuchenden nicht nur aus der Ukraine steigen hier die Zahlen der Inobhutnahmen.“ (ebd.)
3. „Anzahl der neu aufzunehmenden Kinder und Jugendlichen aktuell erheblich größer, als diejenige, die die Erstaufnahmeeinrichtung des KJND verlassen können“ (ebd.)

Unterbringungshilfe mit 42 betriebserlaubten Plätzen inkl. 2 Notplätzen, die 4 Plätze für die Einzelbetreuung werden nicht mehr erwähnt: Von September bis November mehr als doppelte Belegung, Spitzenwert im November: 56 mehr junge Menschen als betriebserlaubt untergebracht, auch hier sog. „UMA“ untergebracht.

Mädchenhaus mit 10 Plätzen und einem Notplatz: Auch das Mädchenhaus ist durchgehend überbelegt, wobei im Oktober „nur“ 2 Mädchen mehr als eigentlich betriebserlaubt untergebracht wurden. Die Spitzenwerte liegen im August und November. Hier waren jeweils 12 Mädchen mehr als in der eigentlichen Aufnahmekapazität untergebracht, also eine mehr als doppelte Belegung vorhanden. Bis auf August verdeutlichen die Zahlen dabei den hohen Bedarf sowohl bei Mädchen, die hier aufgewachsen sind, als auch bei denen die als „UMA“ bezeichnet sind. (Siehe Tabellen zu Frage 3)

Erstaufnahme mit 44 betriebserlaubten Plätzen für männlich gelesene „UMA“, durchgehend um mehr als das Doppelte der betriebserlaubten Plätze belegt, September und Oktober: Überbelegung um 82, November um 80 junge Menschen

Mehrzweckhalle: nach wie vor für die Unterbringung männlich gelesener „UMA“ zwischen 14 und 18 Jahren genutzt, Zahl der hier untergebrachten jungen Menschen steigt konstant: im August waren es noch 10, im November liegt die Anzahl mittlerweile bei durchschnittlich 28

#### **Verweildauer**

Hier ist immer die Verweildauer als problematischer Faktor miteinzubeziehen, da dadurch die Plätze einfach länger belegt sind. Hier verschärft sich die Lage in der Unterbringungshilfe mittlerweile gravierend.

#### Verweildauer Unterbringungshilfe:

	10- bis unter 14 Jahre (ohne „UMA“):	14- unter 18 Jahre (ohne UMA):
Mai-Juli 2022 Durchschnittlich (22/9063)	4 Tage	8 Tage
August- November 2022 Durchschnittlich	29,6 Tage	24,8 Tage
Mai-Juli 2022 Maximal (22/9063)	51 Tage	46 Tage
August- November 2022 M	115 Tage	162,5 Tage

#### Erstaufnahme

In der Erstaufnahme erscheint die Verweildauer nicht mehr ganz so lang, wie in den Monaten zuvor, allerdings lassen sich die Daten hier schwerer vergleichen. Vermutlich wird hier positiv hineinspielen, dass Wohncontainer errichtet wurden (siehe Vorbemerkung). Wo sich diese befinden, lässt sich aus dieser Komponente der „Entlastungsstrategie“ (S.2) nicht ablesen. Außerdem zählen zu dieser „Entlastungsstrategie“ die Eröffnungsstrategie weitere Erstversorgungseinrichtungen für sog. „UMA“. Im August wurde eine in der Stader Straße eröffnet, im November kommt eine weitere am Pulverhofsweg (Farmsen-Berne) hinzu. Weitere befänden sich im Planungsstadium. Außerdem sollen Kapazitätsanpassungen in den bereits bestehenden Erstversorgungseinrichtungen Tannenweg und Stargader Straße geschehen sein, also vermutlich die Belegungsquote erhöht worden sein. Eventuell wurden hier auch die Wohncontainer aufgestellt. Umschrieben wird dies jedenfalls mit „einer aktuell engeren Belegung von Räumen“. Mit Blick auf die völlige Überfüllung im KJND scheint diese Beschreibung nahezu euphemistisch.

Nicht außer Acht gelassen werden darf dementsprechend, dass (nicht nur) die Erstaufnahme komplett überfüllt ist und Kinder hier im November durchschnittlich einen Monat und bis zu drei Monate untergekommen sind. Jugendliche sind hier im November durchschnittlich einen Monat und maximal über vier Monate.

#### **Sog. besondere Vorkommnisse im KJND**

Angesichts der Lage im KJND erscheint eine Zunahme der sog. besonderen Vorkommnisse im Vergleich zu 2021 wenig verwunderlich (s. Drs. 22/9063, Tabelle 13) und verdeutlicht zugleich, dass der KJND nicht als sicherer Ort für schutzbedürftige junge Menschen zu werten ist.

Bereits ca. Mitte August dieses Jahres lag die Zahl der „besonderen Vorkommnisse“ insgesamt bei 222. In der nachfolgenden SKA wurde der Zeitraum für den gesamten August bis ca. Mitte November angegeben. Hier liegt die Zahl insgesamt bei 118 „besonderen Vorkommnissen, sodass bis Ende 2023 die Gesamtzahl bei etwa 340 bis 360 „besonderen Vorkommnissen“ liegen wird, während 2021 insgesamt 253 derartige „Vorfälle“ registriert wurden.

Angestiegen sind insbesondere das „Entlaufen“ (Entlaufen beinhaltet auch nicht rechtzeitiges Eintreffen) und die Körperverletzungen, wobei diese einmal allgemein gelistet sind und einmal explizit mit der Angabe „Betreute:r ist Opfer“.

### **Pädagogisches Personal: Fachkräftemangel**

Bereits in der Drs. 22/9063 wurde „fehlende Fachkräfte“ als ein Problem benannt: Lösungsstrategie scheint hier eine Absenkung des Standards zu sein, der zwar als „vorübergehend“ (S. 2) bezeichnet wird, dennoch werfen die Formulierungen und die längerfristigen Planungen hierzu Fragezeichen auf und lassen eine längerdauernde Absenkung des Standards analog zur Entwicklung im Kita-Bereich befürchten: „Die zuständige Behörde arbeitet zudem gemeinsam mit dem LEB und den anderen Trägern der Jugendhilfe an den Rahmenbedingungen, um die Situation der Fachkräfte langfristig zu stabilisieren. Es wurde dem LEB zwischenzeitlich ermöglicht, in einem bestimmten Umfang auch andere Professionen einzusetzen, um weitere Betreuungskräfte gewinnen zu können. Die definierten, fachnahen Kriterien müssen weiterhin erfüllt sein. Mit den Verbänden befindet sich die zuständige Behörde noch in den Verhandlungen zur Ermöglichung eines Professionenmixes.“ (S. 2) Die Entwicklung gilt es, kritisch weiter zu verfolgen.

### **Zusammenwirken mit den Akteur:innen der Hamburger Jugendhilfe**

Die Fragen 10 bis 13 wurden nicht extra beantwortet, es erfolgte hier jeweils nur ein Verweis auf die Vorbemerkung. Aus dieser lässt sich keine größere Konferenz, sondern regelmäßige Besprechungen in den üblichen Runden ablesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass möglichst Rücksicht auf die Situation im KJND genommen werden soll, heißt auch mit Blick auf uns vorliegende Informationen, dass ASD-Fachkräfte bei KWG (Kindeswohlgefährdung) explizit aufgefordert sind, bei Inobhutnahmen von der Unterbringung im KJND abzusehen, Alternativen zu prüfen und natürlich auch zu nutzen: „Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) prüfen bei einer Inobhutnahme immer die Möglichkeit, die Kinder und Jugendlichen an einem geeigneten Ort im Nahfeld unterzubringen. Das können z.B. Verwandte, Nachbarn oder Wohngruppen freier Träger sein. Diese Möglichkeiten werden derzeit intensiv genutzt.“ (S. 2) Dies entspricht, so wie es im Zitat auch anklingt in der Regel jedoch sowieso dem Bemühen im ASD, sodass hier keine wirklich tiefgreifende neue Lösungsstrategie vorzuliegen scheint. Im Gegenteil wird hier der Druck auf die Fachkräfte noch erhöht. Dass explizit nachbarschaftliche und familiäre Bezüge genutzt werden sollen, lässt sich unter fachlichen Aspekten auch positiv bewerten, zugleich sind hier Fragen hinsichtlich der Einbindung, des Vertrauens, des Datenschutzes usw. wesentlich.

Auch den sozialräumlichen Angeboten der OKJA, der Familienförderung und SAJF wird eine große Rolle zugeschrieben. Doch auch hier steht die Frage nach Kapazitäten und jeweiligen Aufgaben im Raum. Konkretere Angaben zur Ausgestaltung fehlen hier leider und sind weiter zu verfolgen.

Fraktion DIE LINKE, 19.12.2022